

STARKES EUROPA GUT FÜR BERLIN



**Am 26. Mai die CDU und
Hildegard Bentele wählen!**



Außengrenzen sichern – von Schengen profitieren

900 Millionen Grenzübertritte aus Drittstaaten registrieren die Mitgliedsstaaten der EU jedes Jahr, die derzeit von 450 000 nationalen Grenzschützern kontrolliert werden. Mit diesen Zahlen beeindruckte Ralf Göbel, bis 2018 Mitglied des Managementboards der Grenzschutzagentur FRONTEX, die Zuhörer bei seinem Vortrag in Berlin-Mitte über die Aufgaben und Herausforderungen eines modernen EU-Außengrenschutzes. FRONTEX, 2005 als EU-Agentur gegründet, hatte schon früh Lagebilder über Migrationsströme, die Agentur konnte aber lange Zeit nur auf Anfrage aus den EU-Mitgliedsländern aktiv werden. Seit 2016 gibt es einen Zwang zur Kooperation, wenn nationale Grenzen offensichtlich nicht gut geschützt werden. Unser Ziel, und das der EVP-Fraktion im Europäi-

schen Parlament ist es, FRONTEX Schritt für Schritt zu einer echten gemeinsamen europäischen Grenzpolizei mit exekutiven Befugnissen bspw. zur Registrierung und ggf. zur Rückführung auszubauen.

Mit dem angestrebten Aufwuchs auf 10.000 Grenzschützer wird nun ein erster Schritt getan und wir wollen weiter gehen. Denn eine EU der offenen Grenzen und der illegalen Migration, wie von linken Kräften propagiert, wird niemals die Zustimmung der Unionsbürger finden. Ganz im Gegenteil: Nur ein wirksamer Außengrenschutz und effektive grenzüberschreitende Terrorismusbekämpfung sorgen dafür, dass wir uns als EU-Bürger im Schengen-Raum ohne Binnengrenzen sicher fühlen und vom Binnenmarkt profitieren können.

„Den Staffelstab an Hildegard Bentele übergeben“

Seit den Wahlen 2009 durfte ich die Stimme Berlins im Europäischen Parlament sein. Wie wichtig das ist, konnte ich von Anfang an erkennen: Zwar leben 70 Prozent der Menschen in der EU in Städten, städtische Belange spielten in den Debatten des Parlaments und den Vorhaben der Kommission allerdings bis dahin keine große Rolle. Dabei sind die meisten Ziele, die sich die EU stellt, nur erreichbar, wenn sie vor Ort, in den Städten und Gemeinden umgesetzt werden. Auf der anderen Seite musste ich erklären, dass Berlin durch den Krieg, Nachkrieg und die Teilung der Stadt Probleme hat, die andere Hauptstädte nicht besitzen.

Aus meiner Zeit als Bezirksbürgermeister in Mitte wusste ich, wie wertvoll die europäische Solidarität für Berlin war und wie wichtig die europäischen Strukturfonds beim Neuaufbau der Stadt waren und sind!

Im Regionalausschuss, dessen stellvertretender Vorsitzender ich wurde, ist es gelungen, eine „städtische Agenda“ zum festen Bestandteil europäischer Regionalpolitik zu machen. Berlin als Mittelpunkt europäischer Verkehrspolitik

zu etablieren, den Ausbau der Schienennetze zu beschleunigen und als Wissenschaftsmetropole zu stärken waren ebenfalls meine Anliegen. Ein weiterer Schwerpunkt war die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, besonders zwischen Deutschland und Polen.

Europäische Integration kann nur gelingen, wenn die staatlichen Grenzen keine Grenzen für die Zusammenarbeit der Menschen in den Grenzregionen sind. Für Berlin, 80 Kilometer von Polen entfernt, ist das von besonderer Bedeutung. Dass die europäischen Fonds auch regelgerecht verwendet werden, darüber durfte ich im Haushaltskontrollausschuss wachen, in dem ich unter anderem drei Mal das Parlament als Berichterstatter für die Haushaltsentlastung der Kommission vertrat.

Die europäische Union soll nicht nur eine „Geldverteilmaschine“ sein, sie ist vor allem ein Bündnis auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer und frei-



heitlicher Werte. Diese zu vermitteln, in Konkurrenz zu anderen politischen und ideologischen Systemen, sah ich als meine Aufgabe im Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit und im Unterausschuss für Menschenrechte, sowie bei mehr als 30 Wahlbeobachtungen auf drei Kontinenten an.

Ich bin meinen Freunden in der Berliner CDU und den Berliner Wählerinnen und Wählern dankbar, Berlin an entscheidender Stelle in Europa vertreten zu dürfen. Bei jährlich 44 Arbeitswochen in Brüssel und Straßburg war mir der Kontakt zu den Berlinerinnen und Berlinern sehr wichtig, und ich freue mich, dass ich mehr als 1000 Besucher an beiden Arbeitsorten begrüßen und mit ihnen diskutieren konnte. Nun ist es Zeit, den Staffelstab weiter zu geben an Hildegard Bentele – damit Berlin weiterhin mit starker Stimme in der größten Fraktion des Europäischen Parlaments, der EVP, vertreten ist.

Ihr Joachim Zeller

Europa in Berlin ein Zuhause geben

Er gilt als der Wegbereiter der europäischen Einigungsbestrebungen und wird auch als „Vater Europas“ bezeichnet – der französische Unternehmer Jean Monnet. Ihm zu Ehren wurde 1988 das Jean-Monnet-Haus als europäisches Informationszentrum in Berlin eröffnet. Im Jahr 2009 verkaufte der rot-rote Senat das Haus jedoch an das Königreich Saudi-Arabien. Wo einst Kommission und Europäisches Parlament in bester Nachbarschaft mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen beheimatet waren, residiert heute das saudische Kulturbüro.

Hildegard Bentele, Spitzenkandidatin der Berliner CDU für die Europawahl, setzt sich für die Wiedererrichtung des Jean-Monnet-Hauses ein – damit Europa in Berlin wieder ein Zuhause hat. „Ein Europäisches Haus in Berlin, in dem nicht nur die Vertretungen der Europäischen Institutionen, sondern auch die Vertretungen der Zivilgesellschaft und der Bezirke und die Europa-Abgeordneten ihren Platz haben und sich die Berlinerinnen und Berliner zur Debatte über Europa versammeln können, könnte europäische Öffentlichkeit schaffen, die wir für eine echte europäische Politik und Demokratie brauchen“, so Bentele.

Europa digital – Berlin oft lahm

Kostenloser Internetzugang in Parks, auf großen Plätzen, in öffentlichen Gebäuden, Bibliotheken, Gesundheitszentren und Museen – das wird von 2017-

ment maßgeblich mit auf den Weg gebracht hat. Und es gibt weitere, größere „smart-city“-Programme der EU, mit denen nachhaltige Lösungen im Verkehr, bei Gebäuden, Beleuchtung, etc. gefördert werden.



2019 mit dem Programm WiFi4EU mit 120 Millionen Euro gefördert, das die EVP-Fraktion im Europäischen Parla-

ment von zwölf Bezirken für das Programm WiFi4EU beworben haben und letztlich keiner einen Zuschlag bekam.

BENTELE GANZ GROSS

Wahlkampf bedeutet auch immer Zeit für Plakate. Anders als andere Parteien stellt die CDU (bzw. die CSU) in jedem Bundesland getrennt Kandidaten auf. Das bedeutet, dass das Engagement vor Ort und der Einsatz an der Basis viel engagierter ist, als bei den Parteien, die „nur“ eine Liste für



gesamt Deutschland aufstellen. Für Berlin kandidiert auf Listenplatz 1 Hildegard Bentele. Die „echte“ Berliner Europa-Kandidatin sehen Sie in den letzten zwei Wochen vor der Wahl auf einem neuen Großflächenmotiv.



Europa muss in die Berliner Verfassung

Wie keine andere Stadt steht das wiedervereinigte Berlin für das Zusammenwachsen Europas. Unsere Stadt, in der sich zwei verfeindete Blöcke einst Auge in Auge gegenüberstanden, liegt heute im Herzen eines geeinten, freien und friedlichen Europas. „Deshalb muss es für Berlin besondere Verpflichtung sein, den Wert der Zusammenarbeit in der Europäischen Union für die Berlinerinnen und Berliner herauszustellen“, so Hildegard Bentele, Spitzenkandidatin der Berliner CDU für die Europawahl. Dies möchte Bentele unter anderem durch eine Verankerung des Europabezugs in der Berliner Verfassung erreichen.

„Es ist völlig unverständlich, dass es in der Berliner Landesverfassung kein Bekenntnis zu dem großen Friedenswerk der Europäischen Union gibt“, erklärt Bentele. Die Verfassung Berlins wurde 1995 in einem Referendum angenommen. Nun sei es an der Zeit, sie zu erneuern und einen Europabezug in die Berliner Verfassung aufzunehmen, so die Spitzenkandidatin. „Damit würde alles politische und Verwaltungshandeln unter das Leitprinzip gestellt, sich aktiv für den europäischen Einigungsprozess einzusetzen und auf allen Ebenen und in der Gesellschaft Europafähigkeit zu fördern“, ist Bentele überzeugt.

Eberhard Diepgen:

Ganz klar: Wir brauchen eine leistungsfähige Europäische Union. Auf die vielen Vorteile beim Zusammenrücken der europäischen Nationen wollen wir nicht verzichten. Das hat nicht erst die unsägliche Debatte um den Brexit bewiesen. Parlament und Kommission brauchen im internationalen Wettbewerb auch weitere Zuständigkeiten, für unsere Sicherheit genauso wie für die schwierigen Wirtschaftsverhandlungen mit den USA oder China. Es gibt aber auch eine zweite Seite bei der weiteren Entwicklung der EU. Nicht in alle politischen und wirtschaftlichen Fragen muss sich „Brüssel“ einmischen. Lass den Mitgliedsländern alles, was sie besser vor Ort entscheiden können. Richtlinien dürfen nicht alles über einen Kamm scheren und regional unterschiedliche Herausforderungen ignorieren. Dafür gibt es leider viele Beispiele. Und : Die EU muß sich jetzt angesichts der Vielfalt nationaler Empfindlichkeiten erst mal konsolidieren. Erst danach darf an eine Erweiterung gedacht werden. Das ging in der Vergangenheit schon sehr – eigentlich zu schnell. Hildegard Bentele tickt dabei richtig; bei beiden Säulen der europäischen Politik. Deshalb unterstütze ich sie, wähle sie und bitte Sie auch um Ihre Stimme für Hildegard Bentele.



Europaschulen in Berlin stärken

Die CDU setzt sich seit langem für den Ausbau der erfolgreichen, staatlichen Europaschulen Berlin ein, aber Rot-Rot-Grün mauert. Das Motto der SPD im Europawahlkampf lautet: „Europa ist die Antwort“. Von einem der Plakate lächelt Katarina Barley dem Wähler entgegen, daneben der Slogan: „Kommt zusammen! Für Europas Jugend“. Die Aufforderung bleibt aber gerade bei Barleys Parteifreunden in Berlin sowie deren Koalitionspartnern ungehört. Anders ist es wohl nicht zu erklären, warum Rot-Rot-Grün den Antrag der CDU zum Ausbau der erfolgreichen, zweisprachigen Europaschulen bis zur Unkenntlichkeit eingedampft hat. Bei fächerübergreifend guten Kompetenzwerten glänzen die Europaschüler zusätzlich mit überdurchschnittlichen Fremdsprachenkenntnissen, interkulturellen Fähigkeiten und guter Europa-bildung. Die CDU möchte das erfolgreiche Fremdsprachenkonzept auf Klassenzüge in je mindestens einer Grundschule und Oberschule pro Bezirk sowie auf sogenannte Europakitas übertragen. Die Antwort des Senats ist ernüchternd: unverbindliche Möglichkeit des Ausbaus der Europaschulen im Osten Berlins, bloße Standortsicherung im Westen, kein Wort zu mehrsprachigen Kitas. Europa geht anders.